Lohndiskriminierung stoppen: 77% sind 23 zu wenig Lohn für Frauen!

Um das Jahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu erreichen, müssen Frauen im Durchschnitt drei Monate länger arbeiten. Frauen werden durch die Regierungspolitik von CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen seit zehn Jahren wieder stärker ausgebeutet.

Eigenständige Existenzsicherung in weiter Ferne

Niedriglöhne, Teilzeitarbeit, Mini-Jobs, schlechtere Bezahlung von Frauenberufen und offene Diskriminierung: Die Ursachen der Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern sind bekannt. Die Bundesregierung muss endlich konkrete Gegenmaßnahmen einleiten. Doch Schwarz-Gelb beschränkt sich auf Scheinaktivitäten. Appelle an die Wirtschaft sind genauso sinnlos, wie die weitere Prüfung von Prüfaufträgen.

Konkrete Schritte hin zu Geschlechtergerechtigkeit

DIE LINKE fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, ein Ende geringfügiger Beschäftigung, die Umwandlung von Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die Förderung einer familienfreundlichen Arbeitswelt, die gesetzliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft, die Verkürzung der Arbeitszeit für Vollbeschäftigte sowie eine eigenständige Alterssicherung für Frauen.



Lohndiskriminierung stoppen: 77% sind 23 zu wenig Lohn für Frauen!

Um das Jahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu erreichen, müssen Frauen im Durchschnitt drei Monate länger arbeiten. Frauen werden durch die Regierungspolitik von CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen seit zehn Jahren wieder stärker ausgebeutet.

Eigenständige Existenzsicherung in weiter Ferne

Niedriglöhne, Teilzeitarbeit, Mini-Jobs, schlechtere Bezahlung von Frauenberufen und offene Diskriminierung: Die Ursachen der Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern sind bekannt. Die Bundesregierung muss endlich konkrete Gegenmaßnahmen einleiten. Doch Schwarz-Gelb beschränkt sich auf Scheinaktivitäten. Appelle an die Wirtschaft sind genauso sinnlos, wie die weitere Prüfung von Prüfaufträgen.

Konkrete Schritte hin zu Geschlechtergerechtigkeit

DIE LINKE fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, ein Ende geringfügiger Beschäftigung, die Umwandlung von Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die Förderung einer familienfreundlichen Arbeitswelt, die gesetzliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft, die Verkürzung der Arbeitszeit für Vollbeschäftigte sowie eine eigenständige Alterssicherung für Frauen.



Lohndiskriminierung stoppen: 77% sind 23 zu wenig Lohn für Frauen!

Um das Jahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu erreichen, müssen Frauen im Durchschnitt drei Monate länger arbeiten. Frauen werden durch die Regierungspolitik von CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen seit zehn Jahren wieder stärker ausgebeutet.

Eigenständige Existenzsicherung in weiter Ferne

Niedriglöhne, Teilzeitarbeit, Mini-Jobs, schlechtere Bezahlung von Frauenberufen und offene Diskriminierung: Die Ursachen der Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern sind bekannt. Die Bundesregierung muss endlich konkrete Gegenmaßnahmen einleiten. Doch Schwarz-Gelb beschränkt sich auf Scheinaktivitäten. Appelle an die Wirtschaft sind genauso sinnlos, wie die weitere Prüfung von Prüfaufträgen.

Konkrete Schritte hin zu Geschlechtergerechtigkeit

DIE LINKE fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, ein Ende geringfügiger Beschäftigung, die Umwandlung von Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die Förderung einer familienfreundlichen Arbeitswelt, die gesetzliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft, die Verkürzung der Arbeitszeit für Vollbeschäftigte sowie eine eigenständige Alterssicherung für Frauen.



Lohndiskriminierung stoppen: 77% sind 23 zu wenig Lohn für Frauen!

Um das Jahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu erreichen, müssen Frauen im Durchschnitt drei Monate länger arbeiten. Frauen werden durch die Regierungspolitik von CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen seit zehn Jahren wieder stärker ausgebeutet.

Eigenständige Existenzsicherung in weiter Ferne

Niedriglöhne, Teilzeitarbeit, Mini-Jobs, schlechtere Bezahlung von Frauenberufen und offene Diskriminierung: Die Ursachen der Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern sind bekannt. Die Bundesregierung muss endlich konkrete Gegenmaßnahmen einleiten. Doch Schwarz-Gelb beschränkt sich auf Scheinaktivitäten. Appelle an die Wirtschaft sind genauso sinnlos, wie die weitere Prüfung von Prüfaufträgen.

Konkrete Schritte hin zu Geschlechtergerechtigkeit

DIE LINKE fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, ein Ende geringfügiger Beschäftigung, die Umwandlung von Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die Förderung einer familienfreundlichen Arbeitswelt, die gesetzliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft, die Verkürzung der Arbeitszeit für Vollbeschäftigte sowie eine eigenständige Alterssicherung für Frauen.

